

PPP und die Kommunen

Zehn Thesen über ein Verfahren für „besondere Fälle“

Die Städte und Gemeinden werden immer heftiger mit Public Private Partnership (PPP) umworben, der Bindung öffentlicher Vorhaben an Privatfinanziers. Für letztere ist es lukrativ, Aufgaben für die öffentliche Hand – von der Bauausführung, über Planungen bishin zu langfristigen Dienstleistungen – wahrzunehmen. Doch macht sich das auch für die Kommunen auf Dauer bezahlt? Unser Autor stellt dazu zehn Thesen auf.

Gerhard Joksch

Die Bundesregierung und die Mehrzahl der Bundesländer fördern die langfristige Bindung öffentlicher Hoch- und Straßenbauten an private Auftragnehmer nach Kräften. Vor allem finanzielle Motive leiten die bundesdeutsch „Öffentliche Private Partnerschaften“ (ÖPP) genannten Projekte (engl.: Public Private Partnership (PPP)). Die gebündelte Übertragung von Planung, Bau, Unterhaltung und Finanzierung an zumeist große Firmen verspricht

- höhere Effizienz als die bislang übliche „konventionelle“ Vergabe der Leistungen an einzelne Auftraggeber aus dem Mittelstand und
- zugleich einen Ausweg aus der Finanzierungsklemme, in der die meisten öffentlichen Körperschaften stecken.

Zudem entspricht es der neoliberalen Parole „Privat vor Staat“, wenn öffentliche Leistungen en bloc in private Hände gelegt werden. Bundesweit existieren schon fast 200 PPP-Projekte, die zusammen ein (Vertrags-)Volumen von mehr als 2 Mrd. € umfassen. Viele öffentliche PPP-Auftraggeber schwärmen von Effizienzvorteilen. Gleichwohl werden erste konzeptionelle Probleme sichtbar, die den Charme der neuen Partnerschaften schmälern¹. Trotzdem wird PPP von den meisten politischen Parteien im Bundestag und den Länderparlamenten tapfer als zukunftsweisendes „Beschaffungsverfahren“ propagiert.

Die Bundesregierung will durch gesetzgeberische Maßnahmen erreichen, dass rund 15 % aller öffentlichen Bauausgaben in PPP-Projekte fließen. Vor allem

Städte und Gemeinden werden als potentielle PPP-Nutzer heftig umworben. Kein Wunder, denn vier von fünf PPP-Projekten sind bislang kommunale Vorhaben. Beim Bauvolumen spielen die Kommunen (mit ca. 20 Mrd. € p.a.) in einer höheren Liga als Bund und Länder (ca. 10 Mrd. €).

Folglich geht es, wenn die Perspektiven von PPP erörtert werden, primär um die Sichtweise der Gemeinden. Fasst man offizielle Aussagen und Stellungnahmen von Kommunen, ihren Verbänden, sowie Äußerungen von den Kommunen nahestehenden Organisationen zusammen, dann ergeben sich folgende Thesen:

1. Kommunale Investitionsentscheidungen müssen Einzelfallentscheidungen bleiben

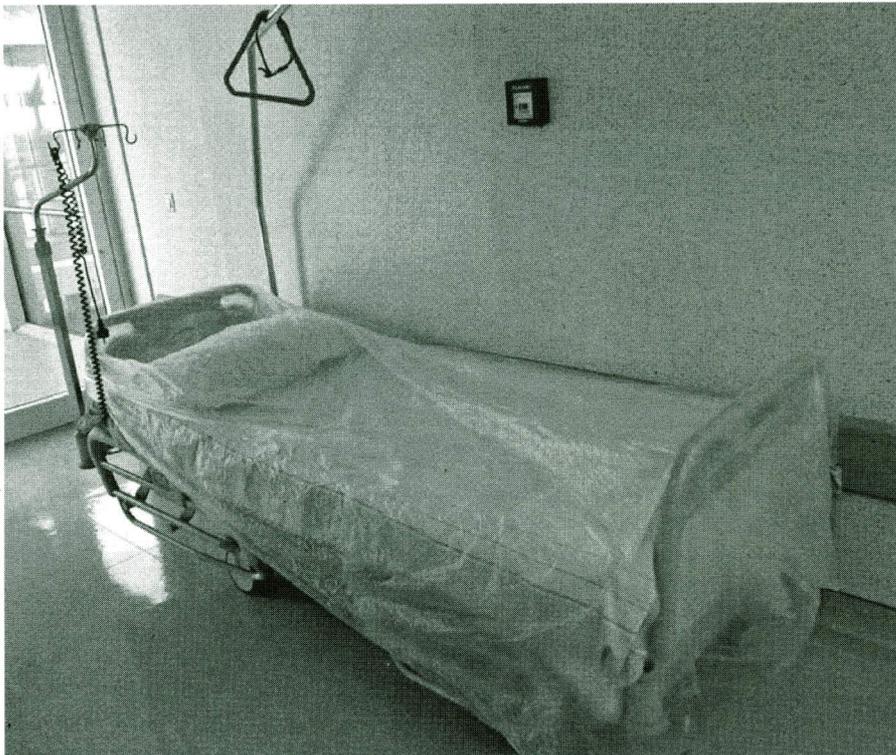
Kommunale Investitionen sind traditionell Einzelfallentscheidungen, die von den Gemeinden im Rahmen der Selbstverwaltung nach Gesichtspunkten der Zweckmäßigkeit getroffen werden. Deshalb kann es aus kommunaler Sicht „eine generelle Orientierung auf PPP zur Realisierung städtischer Investitionen ... nicht geben“.² Das Ziel der Bundesregierung, für PPP eine Quote von 15 % zu erreichen, darf die Gemeinden nicht binden. „Inwieweit ... ein PPP-Modell der richtige Weg ist oder aber sich die rein kommunale Aufgabendurchführung als vorteilhafter herausstellt, ist auf der Grundlage der jeweiligen Gesamtsituation in einer Kommune im Einzelfall zu entscheiden.“³

2. Ohne öffentliche Finanzkraft bleibt PPP wirkungslos

Alle investiven Projekte, auch PPP-Vorhaben, setzen voraus, dass Gemeinden über finanzielle Spielräume verfügen. Kommunen mit strukturellen Defiziten können PPP-bedingte Effizienzvorteile nicht nutzen, „weil sie weder auf herkömmliche noch auf PPP-Art investieren können.“⁴ Analysen von PPP-Projekten bestätigen dies: „Zwar spielt der Bedarf nach privatem Kapital in jedem dritten Projekt eine wichtige Rolle. Dies führt aber nicht dazu, dass finanzschwache Kommunen häufiger PPP-Projekte lancieren würden als finanzstarke.“⁵ Investitionen schließen stets finanzielle Verpflichtungen ein: „Die Kommune muss in jedem Falle zahlen: entweder über einen mit dem Investor geschlossenen Pachtvertrag oder über den Kommunal-kredit.“

3. PPP muss öffentliches Haushaltsrecht beachten

PPP-Finanzierungen sind kreditähnliche Rechtsgeschäfte, die die kommunalen Haushalte langfristig belasten. PPP-Modelle sind als Geschäfte zu klassifizieren, die den haushaltsrechtlichen Bestimmungen, die die Kreditaufnahme der öffentlichen Hand reglementieren, unterfallen.“⁶ Wenn die finanzielle Situation der Gemeinde die Aufnahme von Krediten verbietet, dann gilt dies auch für kreditähnliche Geschäfte wie PPP. „Den dem PPP innewohnenden haushaltspolitischen Gefahren, dass Vorhaben, die mit klassischer Haushaltsfinanzierung eigentlich



Von der Krankenhausfinanzierung bis zum Krankenbett – alles in privater Hand?

Foto: pixelio.de

nicht mehr finanzierbar sind, an den gesetzten Prioritäten des Haushalts vorbei zusätzlich verwirklicht werden sollen, um die notwendige Selbstbeschränkung der Haushalte zu unterlaufen, muss entgegen gewirkt werden.⁴⁷ So ist PPP kein Instrument der wundersamen Geldvermehrung. „Wo sich die öffentliche Hand Bauen nicht leisten kann, sollte sie auch die Finger von PPP lassen.“⁴⁸

4. Finanzkrise der öffentliche Haushalte verursacht Sanierungsstau – Mangelnde Professionalität und falsche Prioritäten verfestigen ihn

Der öffentliche Investitionsstau ist primär eine Folge der leeren Kassen der Kommunen und nicht der falschen Beschaffung: „Der Rückgang der kommunalen Investitionstätigkeit ist mittlerweile so stark, dass eine äußerst kritische Grenze erreicht worden ist ... Seit dem Jahr 2003 überschreitet nun die Summe der jährlichen Abschreibungen die Summe der getätigten Bauten und des Erwerbs von Ausrüstungen, das heißt, das Sachvermögen der Gemeinden ist kleiner geworden.“⁴⁹

Der Investitionsstau wird aber auch von der oftmals mangelnden Professionalität der öffentlichen Gebäudebewirtschaftung und falschen politischen Prio-

ritäten begünstigt: „Vernachlässigte Infrastruktur ist kein spezifisch deutsches Problem. Es scheint eher ein grundsätzliches Problem in der Verteilung von Ressourcen zu sein, bei denen andere Ziele im Vordergrund stehen.“¹⁰ Wer Gebäudeunterhaltung als lästige Pflicht ansieht und laufend fachkundiges Personal einspart, um den Haushalt auszugleichen, der riskiert, dass die Verwaltung bald ihre fachliche Kompetenz einbüßt und anspruchsvolle Investitionsprojekte nicht mehr zuverlässig steuern kann.

Der Investitionsstau kann nur aufgelöst werden, wenn die Gemeinden dauerhaft mehr in ihre Infrastruktur investieren können und wenn die Mittel mit der notwendigen Effizienz eingesetzt werden. Eine nachhaltige Steigerung der Investitionen darf man sich von PPP allerdings nicht erhoffen: „PPP ist ... vor dem Hintergrund der chronischen Unterfinanzierung der städtischen Haushalte keineswegs der Königsweg zur Wiederherstellung der städtischen Investitionsfähigkeit.“¹¹ Auch empirische Untersuchungen von PPP-Projekten kommen zu diesem Ergebnis: Nach der Umfrage des „difu“ gibt es wenige Indizien dafür, dass PPP in erster Linie als Instrument dienen sollten, um die zunehmenden Finanzie-

rungsengepässe der öffentlichen Hand zu bewältigen.

5. Kommunale Finanzreform und Doppik wichtiger als ÖPP und PD

Die Wiederherstellung der kommunalen Finanzkraft durch eine Gemeindefinanzreform ist der einzige Weg, um die Finanzkrise der Städte und Gemeinden und den Investitionsstau zu beheben. Eine auskömmliche und konjunkturell weniger empfindliche Finanzgrundlage ist für Gemeinden wichtiger als „Beschleunigungsgesetze“, Steuererleichterungen für PPP oder die Gründung einer nationalen PPP-Gesellschaft „Partnerschaften Deutschland Gesellschaft“ (PD).

Die Ablösung der Kameralistik durch eine moderne Finanzwirtschaft und die kaufmännische Buchführung werden dazu zwingen, die kommunale Gebäudewirtschaft besser zu dotieren und das Gebäudemanagement zu höheren Leistungen treiben. Unterlassene Instandhaltung schmälert andernfalls das kommunale Vermögen und Abschreibungen für den (altersbedingten) Werteverzehr müssen künftig veranschlagt werden. Die Länder sollten die Kommunen bei der Professionalisierung der Gebäudewirtschaft unterstützen. Welche „Task-Force“ wäre dazu bereit? Die Absichten der Bundesregierung, die PD als ÖPP-Beratung für die öffentlichen Auftraggeber zu installieren, werden von den Kommunen demgegenüber äußerst reserviert aufgenommen. Aus ihrer Sicht ist „zum jetzigen Zeitpunkt ein Bedarf zur Gründung einer nationalen Gesellschaft ... nicht erkennbar“.¹²

6. Verantwortung bleibt: Leistung und Gewährleistung gehören zusammen – sonst droht Demokratieverlust

Die Auswirkungen der Privatisierung öffentlicher Leistungen machen die Kommunalpolitiker zunehmend nervös. Es zeigt sich nämlich, dass die Verantwortung für die „Daseinsvorsorge“ bei der Gemeinde bleibt, trotz Privatisierung und trotz PPP. Versagt der private Partner, dann treffen die politischen und rechtlichen Konsequenzen die Gemeinde und nicht ihre „Verwaltungshelfer“. Leistung und Gewährleistung gehören deshalb zusammen. „Der Staat kann zwar die Organisation seiner Unternehmen privatisieren, also private Organisations-

formen wählen; er kann aber nicht die Verantwortung privatisieren.“¹³

Gleichzeitig droht den Kommunen durch die Privatisierung der Daseinsvorsorge ein Verlust an politischer Legitimität: „Durch den Prozess der Privatisierung verliert der Bürger den Bezug zur Kommune. Die Bereitstellung öffentlicher Dienste bildete traditionell den Kern des Vertrauens in die lokale Regierung und daher ihres politischen Ansehens. Kommunen, die öffentliche Dienste an private Unternehmen abgeben, riskieren damit, ein wichtiges Element ihres Kontaktes zu den Bürgern zu verlieren.“¹⁴

„Durch Privatisierung stellt sich der Staat letztlich selbst in Frage.“¹⁵ Die Privatisierung öffentlicher Leistungen stößt hier an überaus empfindliche Grenzen, denn „die Bürgerinnen und Bürger erleben ... die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge als einen Sieg des Wertesystems angeblicher ökonomischer Effizienz über das Wertesystem der sozialen Verantwortung. Das schwächt die Loyalität zum Staat und zur Staatsform, das stärkt die Staatsverdrossenheit.“¹⁶

Eine Entwicklung, die Folgen hat und zwar unabhängig davon, ob Privatisierungen gut gehen oder als Katastrophe enden, denn: „womöglich zählt auch die sinkende Zustimmung zur Demokratie in Deutschland zu den Privatisierungskatastrophen“¹⁷. Empirische Untersuchungen belegen, dass der Grad der staatlichen Kontrolle maßgeblich den Erfolg der Privatisierung bestimmt. Erfolgreiche Privatisierungen haben eines gemeinsam: einen starken Staat, der die Spielregeln definiert und notfalls auch durchsetzt.

7. PPP zu selten mittelstandsfreundlich und stadtwirtschaftlich gewinnbringend

Kommunale Investitionen haben stets Auswirkungen auf die örtliche Wirtschaft und Beschäftigung. Durch öffentliche Ausschreibung von Gewerken und Losbildung wird die Vergabe öffentlicher Aufträge an lokale und mittelständische Betriebe in legaler Weise gefördert. Ob dies mit PPP genauso gut funktioniert, ist zweifelhaft: „Das Geschäftsfeld Public Private Partnership ... hat den mittelständischen Handwerksbetrieb – bis auf wenige Ausnahmen – bisher nur als Nachunternehmer erreicht.“¹⁸ „Nur wenige mittelständische Unternehmen in

Deutschland können zurzeit das gesamte vom öffentlichen Auftraggeber geforderte Dienstleistungsspektrum aus einer Hand anbieten.“¹⁹

„Es gibt etwa 230 Unternehmen des Bauhauptgewerbes in Deutschland, die ... fähig sind, den erhöhten Anforderungen eines Wettbewerbes bei PPP-Projekten alleine oder in Bietergemeinschaften gerecht zu werden.“²⁰ Auch empirische Untersuchungen von PPP-Projekten dämpfen die Erwartungen: „Reine KMU-Bietergemeinschaften (sind) in keinem einzigen Fall zum Zuge gekommen“ ... „KMU waren entweder nur als einzelne Hauptauftragnehmer oder in Bietergemeinschaften mit Großunternehmen beteiligt.“²¹

Der Hang zur „Ausweitung der Projektvolumina und ... zur Bündelung von Investitionsmaßnahmen wirkt daher tendenziell mittelstandsunfreundlich.“²² Denn bei PPP-Projekten werden kleinere und mittlere private Anbieter entgegen den Vorgaben des Vergaberechts, wegen der Größe in der Regel bei PPP-Projekten benachteiligt. Diese Analysen legen m.E. den Schluss nahe, dass PPP dazu tendiert, die öffentlichen Mittel über die Grenzen der Gemeinde und der Region hinweg zu „exportieren“.

Auch Bund und Länder sehen deshalb Korrekturbedarf: „Mittelständische Interessen können und sollten bei PPP-Vergaben insbesondere durch eine, wenn möglich, sachgerechte, mittelstandsfreundliche vertikale Losteilung berücksichtigt werden. Ferner hat der Auftraggeber darauf zu achten, dass bei Nachunternehmervergaben durch den PPP-Auftragnehmer die Nachunternehmer keinen schlechteren Bedingungen ausgesetzt werden als der PPP-Auftragnehmer.“²³

aktueller lesetipp

PPP-Handbuch

Herausgegeben vom Deutschen Sparkassenverband und dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Bad Homburg 2008)

▷ ISBN 987-3-938790-21-2

8. Partnerschaften mit und ohne PPP

Partnerschaften aufbauen und nutzen – nicht nur mit PPP, denn öffentlich-privat Partnerschaften sind die Regel, nicht die Ausnahme, wenn es um öffentliche Anliegen und gleichzeitig gutes Kostenmanagement geht. Auch das konventionelle Bauen beruht auf der Partnerschaft von Public und Private. Traditionelle Partner der Kommunen sind die lokale Bauwirtschaft, das Handwerk und freiberufliche Architekten und Ingenieure.

Um diese Partner auch in Zukunft nutzen zu können, muss der prinzipielle Vorrang der öffentlichen Ausschreibung von Gewerken und der Bildung von Losen vor dem Verhandlungsverfahren oder dem „wettbewerblichen Dialog“ bleiben. Sie sind in der „Hierarchie der Vergabeverfahren“ nur für „besondere Fälle“ vorgesehen. Daran müssen sich Bürgermeister und Räte halten und daran sollte der Gesetzgeber auch in Zukunft festhalten.

9. Bauqualität und Baukultur – Leitlinien des öffentlichen Bauens

Professionell Bauen: Mehr Effizienz als konventionelle Lösungen kann PPP vor allem deshalb bieten, weil Outputorientierung, Wirtschaftlichkeitsberechnung, Lifecycle-Analysen der Kosten und Erlöse sowie Risikomanagement, als Instrumente einer optimierten Gebäudebewirtschaftung genutzt werden. Es wäre aber falsch, diese Qualitäten exklusiv für PPP zu reklamieren, denn sie sollen das öffentliche Bauen insgesamt prägen. Nach dem geltenden Vergaberecht „soll der Zuschlag für einen öffentlichen Auftrag auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt werden. Dabei ist nicht allein der niedrigste Preis entscheidend, sondern das Angebot mit dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis, wobei dem Grundsatz der sparsamen und effektiven Verwendung von Haushaltsmitteln in diesem Zusammenhang besondere Bedeutung zukommt.“²⁴ Wirtschaftlichkeit ist keine Erfindung von PPP.

Bauqualität sichern und verbessern: Öffentliches Bauen braucht unabhängige Architekten und Ingenieure als Partner und Wettbewerbe als Grundlage für Qualität. Wettbewerbe sind nicht auf die konventionelle Beschaffung beschränkt, denn sie „liefern eine optimale Grundlage für eine fundierte PPP-Vergabe.“²⁵

Leider fehlt bislang in der Praxis ein allgemein anerkanntes Verfahren, um PPP mit Wettbewerben zu verknüpfen.

Baukultur schaffen: „Öffentliche Bauherren sowie staatliche Förderung sind der Baukultur in besonderem Maß verpflichtet und müssen mit gutem Beispiel vorangehen.“²⁶ Öffentliches Bauen muss deshalb die Diskussion mit der Öffentlichkeit und mit den Nutzern suchen. Pläne und Konzepte müssen sich der öffentlichen Kritik stellen. Vereinbarungen zwischen den Partnern über öffentliche Leistungen (für die Allgemeinheit) sollten deshalb auch öffentlich abgeschlossen und jederzeit kontrollierbar sein. Die für PPP-Verfahren typischen vertraulichen und geheimen Verhandlungen widersprechen dieser Forderung. „Bestellt – gesehen – beschlossen“ ist kein Gütesiegel für öffentliches Bauen.

10. PPP – Ein Instrument (nur) für besondere Fälle!

PPP ist eine interessante Alternative für leistungsfähige Kommunen, die außergewöhnliche (fachlich anspruchsvolle, umfangreiche, langfristig nutzbare ...) Infrastrukturinvestitionen realisieren wollen und können. Es geht um die bekannte Ausnahme von der Regel. In mehr als drei Viertel aller Kommunen gibt es bis heute keine PPP und keine PPP-Projektansichten. Dies sind vor allem kleinere Gemeinden.

In Großstädten allerdings gehört PPP inzwischen fast zur Tagesordnung; mehr als jede Zweite setzt auf diese Form der öffentlichen Projektabwicklung. PPP ist jedoch kein Instrument für die alltäglichen Aufgaben zur Erhaltung und Bewirtschaftung der kommunalen Infrastruktur – „Inwieweit kleine PPP-Projekte im Hinblick auf die beachtlichen Transaktionsrisiken und -kosten im Verhältnis zu den geringen Effizienzvorteilen überhaupt dauerhaft eine Überlebenschance haben, ist fraglich.“²⁷

Um die Standardaufgaben bewältigen zu können muss die kommunale Gebäudewirtschaft professionalisiert, effizient organisiert (Vermietermodell) und mit ausreichenden Mitteln (mindestens in Höhe der Abschreibung!) ausgestattet werden. Zur Professionalisierung gehört unbedingt die regelmäßige Zusammenarbeit mit freiberuflichen Architekten und Ingenieuren.

Fußnoten

- (1) G. Joksch „Public private Partnership: Patentrezept oder Placebo?“ in: AKP 2/2006
- (2) Stellungnahme der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände zum ÖPP-Beschleunigungsgesetz, Berlin 2005
- (3) N. Portz „PPP in den Kommunen – Vergabe und Durchführung“ in: Public Private Partnership in der Praxis, BAK (Hrsg.) Köln 2005
- (4) M. Kuban, „Ein Weg zur Lösung kommunaler Finanzprobleme?“ in: der städtetag, 5/2006
- (5) „Public Private Partnership Projekte“ BMVBW und difu (Hrsg.), Berlin 2005
- (6) Hülsken/Mann „Der Staat als „Homo Economicus“?“ in: Die Öffentliche Verwaltung, Febr. 2005
- (7) D. Jacob/T. Schweisfurth „PPP im Wirtschaftlichkeitsvergleich“ in: Public Private Partnership in der Praxis, a.a.O.
- (8) J. Knüpfer „Öffentlich-private Partnerschaften als Chance“ in: [Umrisse] Zeitschrift für Baukultur, 4/2006
- (9) M. Reidenbach „Die Sachinvestitionen der Kommunen und ihrer Unternehmen – eine Bestandsaufnahme“ in: Aktuelle Informationen, difu (Hrsg.), Februar 2006
- (10) M. Reidenbach „Prävention statt Reaktion“ in: AKP 2/2006
- (11) B. Frischmuth „PPP – Von der Pilotphase zur Beschaffungsroutine“ in: der städtetag 3/2006
- (12) Beschluss des Präsidiums des DSt vom 22.04.2008
- (13) H. Prantl „Ende des Ausverkaufs“ in: SZ v. 28.07.2006
- (14) E. U. v. Weizsäcker/O. R. Young/M. Finger (Hrsg.) „Grenzen der Privatisierung – Bericht an den Club of Rome“, Stuttgart 2006
- (15) S. Broß „Privatisierung öffentlicher Aufgaben – Gefahren für die Steuerungsfähigkeit von Staaten und für das Gemeinwohl“ in: STZ 06.02.2006
- (16) „Knastr als Profitcenter“ in: SZ 01.05.2008
- (17) H. Prantl „Dem Staat, was des Staates ist“, in: SZ 30.04./01.05.2008
- (18) U. Metz-Rettmann/B. Faber-Praetorius „Mit dem Handwerk in einen neuen Markt“ in: CityPartner 4/2007
- (19) M. Höppner „Chancen für den Mittelstand“ in: CityPartner 4/2007
- (20) T. Echterhoff „PPP aus Sicht des Mittelstands“ in: CityPartner 3/2005
- (21) „PPP und Mittelstand“ difu (Hrsg.), Berlin 2008
- (22) Brodmann/Gaumert „Hürden für den Mittelstand“ in: CityPartner 4/2007
- (23) „PPP im Hochbau – Vergaberechtsleitfaden“ PPP Task Force im BMVBWS und PPP-Task Force NRW (Hrsg.), Berlin/Düsseldorf 2008
- (24) L. Robbe „Vergaberechtliche Beurteilung der Privilegierung kleinerer und mittlerer Unternehmen im Rahmen öffentlicher Auftragsvergaben“ in: Verwaltungsrundschau 10/2005
- (25) H.-P. Achatzi „Qualitätssicherung durch Planungswettbewerbe“ in: Public private Partnership in der Praxis, a.a.O.
- (26) R. Sander „Baukultur: Qualitätssicherung für Architektur und Städtebau“ in: der städtetag 1/2007
- (27) A. v. Negenborn „Partnerschaften Deutschland GmbH“ in: CityPartner 4/2007

Der Autor (Jg. 1951) lebt in Münster und ist Raumplaner; von 1998-2006 dortiger Stadtbaurat.

www.sozialismus.de



Redaktion Sozialismus: Die »Vergrünung der CDU« | Joachim Bischoff/Richard Detje: Der Niedergang der Volkspartei SPD | Karl Georg Zinn: Wachstum und Wohlstand – die Konjunktion ist obsolet | Murat Cakir: Handlanger des Neoliberalismus in islamischen Gewändern – Krise des politischen Systems in der Türkei | Fritz Fiehler: Mission accomplished? Mit dem Euro der Politischen Union keineswegs näher | Armando F. Steinko: Spanien und seine Linke am Ende eines Zyklus

Klaus Dräger/Janeta Mileva: Wie der Europäische Gerichtshof das Streikrecht aushebelt | Ulrich Meinecke: Ein Jahr Tarifkampf im Einzelhandel – Neuaufstellung ist notwendig | Harald Fiedler: Wie Kommunen Menschen ins Prekariat befördern | Michael Wendt: Über die Transformation öffentlicher Krankenhäuser in kapitalistische Unternehmen | Erhard Schleitzer: Diakonie dreht an der Lohnspirale nach unten

Christoph Lieber: Prager Frühling und die Grenzen der Entstalinisierung | Fritz Behrens: Kurze Bemerkungen zum Prager Frühling (1968) | Edelbert Richter: 1968 im außenpolitischen Kontext | Christina Ujma: Vom Euromarxismus zur Realpolitik. Zum Tod von Detlev Albers (1943-2008) | Waldemar Kesler: Eisenfresser (Filmkritik)

Supplement: Martijn Konings/Leo Panitch: Finanzmacht USA

Probeabo (3 Hefte): Abo: € 10,-

Abo: € 62,- (erm. € 44,-)

Redaktion Sozialismus

St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Fax 040/28 09 52 77-50

E-Mail: redaktion@sozialismus.de